

# Transformation der Tierhaltung nicht ausreichend im Fokus – ein Appell



## An die Verhandlungsführer der Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche im Oktober 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Wahlkampf mit seiner eigenen Dynamik ist vorbei. Nun wollen Sie möglichst viel von dem umsetzen, was Sie in Ihren Programmen und auf der Wahlkampftour versprochen haben.

Wir hören, Sie wollen für Deutschland „etwas Neues“. Sie wollen das Land fit machen für das 21. Jahrhundert und so ausrichten, dass die Pariser Klimaziele erreicht werden. Es wird dabei viel über Verkehrs- und Energiewende und Umstrukturierung der Industrie gesprochen. Was aber zu wenig thematisiert wird, ist die Landwirtschaft, die einer der größten Emittenten von Treibhausgasen ist.

Erwiesenermaßen werden bei der Herstellung von tierischen Produkten doppelt so viel schädliche Treibhausgase emittiert als beim Anbau von Pflanzen. Dabei sind nahezu 60 % aller Treibhausgase aus der Nahrungsmittelproduktion der Fleischerzeugung zuzuschreiben.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Xu, X., Sharma, P., Shu, S. et al. (2021): "Global greenhouse gas emissions from animal-based foods are twice those of plant-based foods". In: *Nature Food* 2, 724–732, <https://www.fao.org/3/cb7033en/cb7033en.pdf>

Die landwirtschaftliche Tierhaltung ist also von besonderer Relevanz für die Klimaveränderungen. Dies bestätigte auch der spezielle Bericht des Weltklimarates (IPCC) von 2019. Er sieht in pflanzenbasierten Ernährungsweisen eine große Chance zur Abschwächung des Klimawandels sowie zur Adaption daran und spricht sich für politische Maßnahmen aus, die zu einer starken Reduktion des Fleischkonsums führen.<sup>2</sup>

Um also die Klima- und Biodiversitätsziele erreichen zu können, ist es unbedingt notwendig, die Anzahl der Tiere, die der Lebensmittelproduktion zugeführt werden, um 50 bis 75 % zu reduzieren. Gleichzeitig muss auch eine Ernährungswende eingeleitet werden (siehe auch Bericht des FABLE Konsortiums, 2020<sup>3</sup> und eine Studie von Gemeinsam gegen die Tierindustrie, 2021<sup>4</sup>).

Bis tief in die Mitte der Gesellschaft ist die Erkenntnis gewachsen, dass wir weniger Fleisch und Tierprodukte konsumieren sollten. Damit diese Bereitschaft aber auch zur Transformation führt, müssen von der neuen Regierung die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, z. B. Aus- und Umstiegsprogramme sowie die Einbeziehung der Landwirtschaft in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Darüber hinaus bedarf es einer Umlenkung von Subventionen, die den Fokus auf pflanzliche Produkte legt. Um Anreize für eine klimafreundlichere Ernährung zu setzen, muss das Mehrwertsteuersystem dahingehend reformiert werden, dass tierische Produkte stärker und pflanzliche Lebensmittel schwächer als bisher belastet werden.

Aber es geht nicht nur um die Klimaziele. Wir möchten daran erinnern, dass auch Tiere mit ihrem Eigenwert selbst Betroffene der Politik sind. Durch Domestikation und Zucht wurden sie Teil der Gesellschaft und haben einen großen Anteil an unserer gesellschaftlichen Entwicklung und unserem Wohlstand. Wir sind darum verpflichtet, ihnen ein möglichst gutes Leben zu garantieren. Nach dem Gesetz sind sie unsere Mitgeschöpfe (§ 1 Tierschutzgesetz) und brauchen unseren Schutz (Staatszielbestimmung Tierschutz im Artikel 20 a Grundgesetz). Insbesondere die landwirtschaftlich genutzten Tiere schützt der Staat jedoch nicht, sondern konterkariert die Gesetzgebung auf dem Verordnungsweg und priorisiert die ökonomischen Interessen der Nutzer. Hier muss ein Paradigmenwechsel stattfinden.

Wir brauchen eine nachhaltige, resiliente und umweltverträgliche Landwirtschaft, die dem Allgemeinwohl dient und den Tieren ein Ausleben ihrer angeborenen Bedürfnisse garantiert. Nur damit ermöglichen wir den Tieren ein ethisch vertretbares Leben. Wir müssen uns von einem „Weiter so mit lediglich graduellen Verbesserungen“ verabschieden und einen großen Schritt in Richtung eines echten Systemwechsels gehen. Dazu gehört auch in der Entscheidungsfindung eine angemessene politische Vertretung der Tiere und ihrer Bedürfnisse. Tierschutzvertreter\*innen nur

---

<sup>2</sup> The Intergovernmental Panel on Climate Change (2019): „*Climate Change and Land. An IPCC Special Report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems*“, Bericht, <https://www.ipcc.ch/srccl/>. Anm.: Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, dt.: Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen, auch als Weltklimarat bezeichnet) ist das Gremium der Vereinten Nationen zur Bewertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel

<sup>3</sup> FABLE (2020): „*Pathways to Sustainable Land-Use and Food Systems. 2020 Report of the FABLE Consortium*“, Bericht, Hrsg.: International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA, dt.: Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse) und Sustainable Development Solutions Network (SDSN, dt.: Netzwerk für nachhaltige Entwicklungslösungen), Laxenburg bei Wien und Paris, [https://www.foodandlandusecoalition.org/wp-content/uploads/2019/09/Fable-interim-report\\_complete-low.pdf](https://www.foodandlandusecoalition.org/wp-content/uploads/2019/09/Fable-interim-report_complete-low.pdf). Anm.: Das Food, Agriculture, Biodiversity, Land-Use, and Energy (FABLE) Consortium wird als Teil der Food and Land-Use Coalition (FOLU) einberufen. FABLE wird vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) mitkoordiniert und hat sich zur Aufgabe gemacht, führende Wissensinstitutionen aus 20 Ländern zu mobilisieren. Ziel ist zu verstehen, wie Länder zu einer nachhaltigen Landnutzung und zu nachhaltigen Ernährungssystemen übergehen können.

<sup>4</sup> Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie (2021): „*Milliarden für die Tierindustrie - Wie der Staat öffentliche Gelder in eine zerstörerische Branche leitet*“, Studie, <https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/studie-milliarden-tierindustrie/>

dann und wann „anzuhören“ reicht nicht, es muss ihnen eine einflussreiche Mitsprache garantiert werden.

Für die dann noch gehaltenen Tiere in landwirtschaftlicher Nutzung sind dazu aus unserer Sicht vor allem folgende Veränderungen dringend nötig:

- **Tiere dürfen nicht länger wie Sachen behandelt werden. Zum besseren Schutz brauchen Tiere eine Rechtspersönlichkeit, damit sie im Rechtssystem effektiv vertreten werden können.**
- **Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen vom Strafrecht belangt werden. § 17 TierSchG ist für die Behandlung von Tieren in Landwirtschaft, Transport und Schlachtung bislang ohne größere Bedeutung. Verstöße werden geduldet. Darum muss § 17 TierSchG in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.**
- **Keine Fixierung von Tieren in der Landwirtschaft, d. h. die vollständige Abschaffung sämtlicher Käfighaltungen. Konsequente und zügige Abschaffung der Haltung von Sauen in sog. Kastenständen unter Einbeziehung des Abferkelbereichs, Verbot der Anbindehaltung (Kühe) und Verbot der Haltung von Kälbern im Kälberglu.**
- **Keine Verstümmelung der Tiere (Schnabelkürzungen, Ausbrennen der Hörner, Kupieren der Schwänze etc.). Tiere dürfen nicht den Haltungsbedingungen angepasst werden, sondern die Haltung muss den jeweiligen Bedürfnissen der Tierart angepasst werden.**
- **Unterbringung der Tiere in sicheren Stallungen (Brand- und Unfallgefahr!) mit der Möglichkeit zur Evakuierung im Fall einer Havarie. Stallungen müssen so konzipiert sein, dass sie den Bedürfnissen der Tiere gerecht werden, Zugang zu Außenklimabereichen garantieren und/oder Weidegang ermöglichen. Keine Spaltenböden! Mittelfristig ist die Schaffung eines Auslaufs für alle Tiere zu gewährleisten.**
- **Verbot von Lebendtiertransporten in Tierschutz-Hochrisikostaat ohne Ausnahmen; keine Umgehung des Verbotes durch Nutzung zwischengeschalteter Staaten; Begrenzung der Transportzeiten auf wenige Stunden; striktes Verbot des Transportes nicht abgesetzter Kälber.**
- **Umsetzung des § 11 b TierSchG (Qualzuchtparagraph). Eine Zucht auf einseitige Höchstleistung (Milch, Fleisch, Eier) ist unstrittig tierschutzwidrig und verstößt gegen das Qualzuchtverbot. Sie führt zu extremer Ausbeutung.**
- **Kein Einsatz von Antibiotika, insbesondere von Reserveantibiotika als metaphylaktische Behandlungsform in Mastanlagen.**
- **Garantie eines angst- und stressfreien Schlachtvorganges mit schonenden Betäubungsmethoden (keine CO<sub>2</sub>-Betäubung!) unter Einhaltung der Tierschutzschlachtverordnung.**
- **Einrichtung eines Ministeriums für Tierschutz; Einsetzen eines/einer unabhängigen Bundestierschutzbeauftragten als Stabsstelle mit finanzieller und personeller Ausstattung.**
- **Einsetzen von unabhängigen Landesbeauftragten für den Tierschutz samt zugehörigen Stabsstellen mit entsprechender Ausstattung in allen Bundesländern.**

**Wir appellieren an Sie, sich bei den jetzt anstehenden Verhandlungen für das Wohl der Tiere einzusetzen. Zur Eindämmung der Klimakatastrophe ist eine Transformation der Landwirtschaft, insbesondere der „Tierindustrie“ zwingend erforderlich. Das bedeutet ein Ende der industriellen Tierhaltung. Sie ist in einem hochzivilisierten Land wie dem unseren ethisch nicht länger vertretbar, weil sie die Ursache für unsagbares Tierleid ist und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen gefährdet.**

Mit freundlichen Grüßen

Ärzte gegen Massentierhaltung n. e. V.

AKUT – Aktion Kirche und Tiere e. V.

Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e. V.

Bürgerinitiative LAHSTEDT-ILSEDE für TIER, MENSCH und UMWELT

COMPASSION in world farming

Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V.

Deutsche Tierlobby e. V.

Deutscher Tierschutzbund – Landestierschutzverband Niedersachsen e.V.

Dr. Kathrin Herrmann, Landestierschutzbeauftragte Berlin

Dr. Norbert Alzmann, Bioethiker, Neu-Ulm/Tübingen

Förderverein des Peter-Singer-Preises für Strategien zur Tierleidminderung e.V.

Future Food

Gesellschaft für Ganzheitliche Tiermedizin e. V.

mensch fair tier e. V.

Natur ohne Jagd e. V.

PETA Deutschland e. V. (People for the Ethical Treatment of Animals)

Robbenzentrum Föhr

Stallbrände

Tasso e. V.

Tierärzte für Tiere

Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e. V.

Tierhuus Insel Föhr e. V. Wild- und Fundtiernotaufnahme

Verein für Tierrechte e. V. Ahrensburg

Verein M.U.T (Mensch-Umwelt-Tier)

Welttierschutzgesellschaft e. V.

X-Orga – vereint für Tierrechte

**Ansprechpartnerin:**

Dr. Claudia Preuß-Ueberschär, Sprecherin des Tierschutznetzwerkes Kräfte bündeln  
cpreussueberschaer@googlemail.com